

DAS BÜRGERGELD: DIE HETZE HÖRT NICHT AUF

Viele jener Menschen, die jetzt die Kürzung oder Abschaffung des Bürgergeldes fordern und glauben, niemals etwas damit zu tun zu haben, werden sich verwundert die Augen reiben, wenn sie entlassen, alleinerziehend oder krank werden und auf Sozialleistungen angewiesen sind. Auch wenn sie trotz Lohnarbeit im Alter in die Grundsicherung fallen, sind sie mit einem Regelsatz wie beim Bürgergeld konfrontiert. Die Drangsalierung von Einkommensarmen ist uralt. Jetzt wackelt aber das Bürgergeld, denn die Gelegenheit ist günstig für die Gegner*innen. Hohe Militärausgaben, Schuldenbremse, Fachkräftemangel und Rechtsruck befeuern die Hetze.



Das aktuelle Bürgergeld ist nicht viel besser, als die alte Hartz IV-Variante - nur das Image wandelte sich mit der Namensänderung. Trotzdem werden CDU, AfD und jetzt auch die Ampel nicht müde zu betonen, dass es zu gut sei. CDU-Chef und Millionär Friedrich Merz will einen „Systemwechsel“ - das heißt das Bürgergeld in der jetzigen Form abschaffen.

Nachdem im Laufe des Jahres 2024 die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen eingeführt werden soll, forderten CDU-Politiker auch eine Bezahlkarte für Bürgergeldbezieher*innen.

Beide Gruppen, Geflüchtete und Bürgergeldbezieher*innen, dienen als Sündenböcke für die Unzufriedenheit von Menschen. Politik und Medien stacheln die Ressentiments an. Das muss aufhören. Solidarität statt Ausgrenzung.

Das Lohnabstandsgebot

Geringverdiener*innen werden gegen Bürgergeldbezieher*innen gehetzt, weil Letztere angeblich mehr Geld hätten als viele Menschen im Niedriglohnsektor. Das sind Fake News, denn wer arbeitet, bekommt hierzulande immer mehr Geld als Bürgergeld-Bezieher*innen, weil man mit Bürgergeld, Wohngeld, Kindergeldzuschlag etc. aufstocken kann. Nicht das Bürgergeld, sondern die geringen Löhne sind das Problem. Lohndumping und Niedriglohnsektor werden so zementiert.

Es wird Neid geschürt über die angebliche privilegierte Situation im Bürgergeld als Rundum-Sorglos-Paket. Dabei sind Schikanen der Ämter, die Stigmatisierung in der Öffentlichkeit und der existentielle Druck im Bürgergeldbezug aufgrund materieller Armut erdrückend. Es gibt Einzelfälle, wo bestimmte Einkommensgrenzen für Bürgergeld, Wohngeld oder Kinderzuschlag knapp überschritten werden. Auch wenn die Vergünstigungen des Berechtigungsnachweises, des ehemaligen „Berlin-Passes“ dann wegfallen. Es wird zudem in Studien geschätzt, dass 60 Prozent aller Rentner*innen, ein Drittel aller Anspruchsberechtigten beim Bürgergeld und zwei Drittel beim Kinderzuschlag, auf die Sozialleistungen verzichten. Aufgrund der Hetze trauen sich viele nicht, das Geld zu beantragen.

Sanktionen gegen „Arbeitsverweigerer“

Die Hetzkampagne war erfolgreich. Es wurde ein Gesetz verabschiedet, das eine Totalsanktionierung für bis zwei Monaten für jene Menschen vorsieht, die sich weigern, einen Job anzunehmen. Die Kosten für Unterkunft und Heizung werden zwar weiterbezahlt, aber Lebensmittelgutscheine sind nicht mehr vorgesehen. Die Regierung kalkuliert mit Einsparungen von 170 Mio. Euro durch Sanktionen, das würde 150.000 Vollsanktionen pro Jahr bedeuten. Im August 2023 wurden aber zum Beispiel gerade mal 2190 Bürgergeldbeziehende wegen der Weigerung, eine Arbeit aufzunehmen, sanktioniert.

Statt auf den Bürgergeldbezieher*innen und Geflüchteten herumzuhacken, sollte die „normale“ Arbeitswelt, die viele erschöpft und unzufrieden macht, und die enorme soziale Ungleichheit im Fokus stehen.

**Kontakt: Kiezgruppe in der Lunte, Weisestr. 53, U-Bhf. Boddinstrasse
jeden Dienstag von 16-18 Uhr**

V.i.S.d.P. Klarer Fall, Weisestr.53, 12049 Berlin